

In der Ausgabe vom 21.04.07 schreibt die WZ, dass Erkraths Haushaltsplan ausgeglichen sei. Dies bedarf einer Erläuterung. Denn Erkrath macht weiterhin Schulden!

Richtig ist, dass der Haushalt strukturell ausgeglichen ist. Der Haushaltsplan 2007 sieht vor, dass der Schuldenberg von derzeit 35 Mio Euro um weitere 700 000 EUR erhöht wird.

Die Aussage, dass der "Abbau finanzieller Altlasten [...] bis 2010 abgeschlossen werden soll", suggeriert, dass Erkrath ab 2010 schuldenfrei sei. Richtig ist, dass für 2010 der erste ausgeglichene Haushalt seit langem angepeilt wird. Bis dahin ist ein weiterer Anstieg der Schulden geplant. In 2010 könnte dann ganz langsam begonnen werden, die Schulden von weit über 35 Mio EUR langsam abzuschmelzen. Besondere Würdigung sollte die Tatsache finden, dass Erkrath in einem Jahr mit besten Konjunkturaussichten Schuldenerhöhung statt -abbau plant. Dies lässt befürchten, dass das Ziel, in 2010 endlich einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, nur mit größten Mühen und Einschnitten zu erreichen sein wird. Wahrlich kein Grund, zu frohlocken und Erkraths Bürger in der Vermutung zu wiegen, Erkrath sei annähernd schuldenfrei.

*BmU-Fraktion - Stellungnahme zum Haushaltsplan 2007*

## Klare Ziele für Erkrath

### Stellungnahme der *BmU*-Fraktion zum Haushaltsplan der Stadt Erkrath 2007

Der Stadtrat nimmt mit diesem Haushalt Abschied vom kameralem Rechnungswesen, für den Unterzeichner immerhin der 32. Haushalt, den er politisch begleiten darf.

Dem kameralem Rechnungswesen folgt nun das kaufmännische Rechnungswesen. Mehr Geld ist deswegen nicht in der Stadtkasse, wir sind durch den Gesetzgeber aber aufgefordert, die verbleibende Wahlperiode nun unter kaufmännischen Gesichtspunkten politisch zu gestalten und zu ordnen.

Der gute Kaufmann definiert klare Ziele für den Konzern Erkrath.

Das Konzernziel kann nicht lauten, den Schuldenberg von ca. 35 Mio. € um 800.000 € zu erhöhen, wie es mit diesem Haushalt der Fall ist.

Das Ziel muss der Schuldenabbau sein.

Wenn man dieses Ziel nicht sofort erreicht, so muss man erst recht Wege aufzeigen, wie man das Ziel erreicht.

Wir haben ein Vermittlungsproblem, trotz anziehender Konjunktur zur Sparsamkeit für Alle aufzurufen.

Woran liegt das?

Wer im Abschwung zu spät bremst kann sich auch nur um Jahre verzögert am Aufschwung beteiligen.

Trotz unseres Rates seit Ende der 80er Jahre haben die Parteien im Stadtrat viel zu spät im Abschwung gebremst. Beispielhaft genannt sei die Sanierung des Hochdahler Bades, das heute zum Abriss steht, das neue Bad auf der Grünen Wiese und die Personalmehrung um eine weitere neue Amtsleiterstelle vor einem Jahr, die nicht in unsere finanzpolitische Lage passt. Allein der nur von der *BmU* vertretene Verzicht auf Sanierung und Betrieb des Hochdahler Bades hätte insgesamt die Ausgaben so gedämpft, dass wir heute damit beschäftigt wären, den Schuldenstand abzubauen statt weiter aufzubauen.

Die Schülerfahrtkosten haben sich wegen der falschen Lage des neuen Bades um ca. 63.000,00 € jährlich (!) erhöht. Die Konzessionsabgaben der Stadtwerke sinken zwischen 2006 und 2007, dem ersten Jahr des Vollbetriebes des neuen Bades um 800.000 €, der Höhe nach zufällig der Betrag, um den wir 2007 mehr Schulden aufnehmen müssen.

### Gewerbesteuer

Die gute Nachricht der letzten zwei Jahre waren die steigenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Dem Ansinnen der *BmU*, den Rahmen für die Kassenkredite zu senken begegnet die Kämmerei mit der Bemerkung, die Verwaltung betrachte das außerordentlich gute Ergebnis aus der Gewerbesteuer 2006 selbst als „Einzelfall“. Wenn das gute Ergebnis des letzten Jahres ein Einzelfall war, wie kann man dann für 2007 30 Mio. € Gewerbesteuererinnahmen, einer Rekordmarke, einsetzen und dem Gebot der Haushaltswahrheit folgen?

Entweder die Kassenkreditlinie kann auf 10 Mio. gesenkt werden oder die Einnahmeerwartung muss heruntergeschraubt

werden. Die Idee, bei 30 Mio. Gewerbesteuereinnahmen gleichzeitig 15 Mio. Kassenkreditrahmen zu bevorraten lässt der Verwaltung einen Handlungsspielraum, der finanzpolitisch nicht zu begründen ist.

Die wichtigeren Fragen sind:

Wo sind Konzepte, die Unternehmensbindung an Erkrath zu stärken?

Wo sind Analysen, welche Unternehmen fehlen und wie sie zu gewinnen sind?

Wo sind Konsequenzen aus der Priorisierung zur Aktivierung der Leerstände in den vorhandenen Gewerbegebieten?

Statt eines Unternehmenkonzeptes bietet die CDU ihr ureigenstes „Parkkonzept“. Ein Jahr lang hat die CDU eine Erfolg versprechende Lösung für das Kurhaus verhindert und stattdessen die zusätzliche Bebauung in einem Teil des Bavierparks für gewerbliche Nutzung angeboten. Es ist nicht das Verdienst der CDU, dass dies gescheitert ist und Erkrath hoffentlich einen Ort der Kunst geschenkt wird und gleichzeitig der Park in diesem Teil nicht bebaut wird. Die CDU ist noch entschlossen, 2500 Unterschriften Erkrather Bürgerinnen und Bürger zu ignorieren und im Bayer park Baurecht für eine gewerbliche Immobilie zu schaffen. Auch dieses Parkkonzept der CDU wird hoffentlich scheitern.

## Strategische Planung fehlt

Ein weiterer Schwachpunkt des Erkrather und grundsätzlich des kommunalen Finanzwesens besteht darin, dass das Rechnungswesen auch beim NKF keine strategische Steuerung mit Nachhaltigkeit erkennen lässt. Das liegt am Scheitern der Parteien in der Landesgesetzgebung, die den riesigen Reformstau in den Kommunalfinanzen nicht auflösen (eine kommunale Wirtschaftssteuer, reformierte Grundsteuer sowie eine kommunale Bürgersteuer würden ermöglichen, eine echte Bürgergemeinschaft zu bilden). Zu beklagen sind aber auch hausgemachte Versäumnisse.

Selbstverschuldet ist, dass nunmehr seit 1999 die Mehrheit des Rates sich ausdrücklich unserem Vorschlag verweigert, grundsätzliche strategische Planungen für die Zukunft in Form eines Stadtentwicklungskonzeptes vorzunehmen und zielgerichtet umzusetzen. Das Fehlen des Stadtentwicklungskonzeptes wird ersetzt durch eine Städtebaupolitik, bei der man die Flächen entwickelt, die am leichtesten und schnellsten zu haben sind, möglicherweise noch ein schneller Euro dabei für die Stadt herauspringt, der dann wieder in den Konsum gesteckt wird. Beispiele: „Auf den 12 Morgen“, „Kleines Bruchhausen“, „Neanderhöhe“ usw.

Warum baut man an dieser Stelle?

Für wen plant man?

Welche Konsequenzen zieht man aus der demographischen Frage?

Welche Konsequenzen zieht man aus der Klimaveränderung?

Auch wir können uns durchaus eine Bebauung eines Teils dieser Flächen vorstellen, aber erst nach sorgfältiger Bedarfsanalyse und Bestandsaufnahme: Analyse vorhandener Strukturen, Verhältnis Aufwand/Ertrag, Formulierung von Zielen, Priorisierung, Entwicklung und Umsetzung von Leitbildern. Ein Prozess, der Bewegung bringt und in Bewegung bleiben muss, der Antworten gibt auf die Finanzstruktur der Zukunft, die demographische Frage, die Integration von ausländischen Mitbürgern, die Bildungsfrage, den Klimawandel, die Armutsbekämpfung.

Uns ist daran gelegen, gemeinsam, mit unserer Bürgerschaft und mit externem Fachverstand Strukturen darzustellen, sie methodisch, systematisch und fachkompetent zu analysieren, um dann ehrlich zu schauen, worauf kann man verzichten, wo muss man investieren, wo stehen wir im Wettbewerb mit den Nachbarstädten?

Es gibt Entwicklungen und Vorzeichen wie z.B. die Demographische Frage, die zurückgehende Bevölkerungszahl, das Gewaltproblem, die Armutsbekämpfung, der Klimawandel die uns zwar nicht in Panik verfallen lassen dürfen, aber nüchternes, kraftvolles, strategisch zielorientiertes und zeitnahes Handeln erfordern. Der vorgelegte Haushalt setzt hier kein Signal.

Der Erkrather Rat verfolgt durch seine CDU-Mehrheit eine Vogel Strauß-Politik unnachahmlicher Konsequenz: Kopf in den Sand stecken. Seit Jahren beantragt die BmU die Erstellung des vorerwähnten Stadtentwicklungskonzeptes. Seit Jahren wird im zuständigen Fachausschuss von der CDU noch nicht einmal ein Argument für die Ablehnung genannt. Klar, wer den Kopf in den Sand steckt, dann kann man auch nicht mehr argumentieren.

## Stadtentwicklung und Finanzen

Jahrelang haben wir die Abstimmung mit dem Möbelwagen zu unseren Gunsten entschieden. Und nun?

Die städtebauliche Entwicklung in Düsseldorf zielt neben den jungen Familien auf die vermögende ältere Generation, die Düsseldorf als junge Familie Ende der 60 er Jahre verlassen hat. Mit zunehmendem Erfolg. Anstatt für unseren derzeitigen Wohnungsbestand ein attraktives Konzept z.B. der viertelbezogenen Stadtteilzentren zu entwickeln, ein Plankonzept wie die Bungalowsiedlungen der 60er und 70er den künftigen Anforderungen angepasst werden kann, kann sich der vorgelegte Haushalt nur die Entwicklung auf der Grünen Wiese (Gebiete „Auf den 12 Morgen“ „Kleines Bruchhaus“ „Neanderhöhe“) vorstellen.

Es soll an das Naturschutzgebiet Neandertal herangebaut werden. Die Kette der Maßnahmen wirkt wie eine „Baulückenschließung“ bis zum Neandertalmuseum.

Das sind die typischen Antworten von Gestern auf die Fragen von Morgen.

Auf den Feldern Gesundheit, Sicherheit, Verkehr, Seniorenbetreuung müssen wir die ältere Generation, die diese Stadt über ihren Einkommensteueranteil wesentlich mitfinanziert, überzeugen. Das machen wir nicht, indem wir unser natürliches unaufholbares Standortplus, die Freiraumgestaltung, durch weitere Bebauung entwerten. Wir brauchen uns nur im Stadtrat unter uns umsehen um zu erkennen, dass immer mehr die ältere Generation ab 50 überproportional das ehrenamtliche Engagement zeigt. Die demographische Frage stellt sich nicht nur an die jungen Familien sondern auch, ob wir für die aktive ältere Generation attraktiv bleiben.

Unser Grundsatz lautet: Rechtzeitiges und gestaltendes Agieren statt lediglich im Nachhinein zu reagieren.

## Die Finanzierungsfrage

Eine der zu akzeptierenden Realitäten ist, dass unser kommunaler Haushalt durch viele externe Faktoren mehr und mehr belastet wird. Bund und Land, Landschaftsverband wälzen, z.T. indirekt über den Kreishaushalt Aufgaben und damit verbundene Kosten auf die Kommunen ab, Warum die Parteien unisono den Vorschlag der Unabhängigen im Kreistag ablehnen, durch ein 40 Mio. Programm aus dem Erlös der RWE Aktien der Kreisverkehrsgesellschaft den Sanierungsstau der Schulen in den ka-Städten abzarbeiten, bleibt unverstänlich. Wieso sind marode Sportanlagen oder fehlende Radwege wichtiger als marode Schulen? Ein Kürzungsbeitrag in diesem Haushalt ist der Verzicht auf die Deckensanierung der Realschule Erkrath, wobei hierbei nicht mal klar ist, ob dies nicht schon aus Gründen der Erhaltung der Verkehrssicherheit eine notwendige Maßnahme ist. Aber wie man an der Debatte um die Umbenennung des Kreises sieht: Parteien ticken anders als wir Unabhängigen.

Angesichts der Haushaltslage bleibt uns die Dringlichkeit des Ausbaus des Wendehammers Eisenstraße verschlossen, genauso, warum die Grünpflege mit einem Aufwand von 30.000 € intensiviert werden muss. Die maroden Stege am Stadtweiher sind zu entfernen und nicht Geld für Planungskosten für neue Stege auszugeben. Das hat Zeit, bis wir schuldenfrei sind. Die CDU hat uns ja eine blühende Landschaft rund um den Stadtweiher vor der Wahl ohne großen Aufwand an städtischen Mitteln versprochen. Statt blühender Landschaft haben wir faulende Stege.

Unbefriedigend ist, dass die Märkte nicht durch Gebühren die Kosten für die Öffentlichkeit wieder erwirtschaften und damit eine Subventionsveranstaltung der Stadt ist.

## Jugend

Die Kosten für die Skaterbahn nicht in das nächste Jahr zu verschieben, um bis dahin sorgfältig zusammen mit dem Jugendrat eine Verwendung zu planen provoziert übereilte Planungen, deren negative Folgen auf der Skaterbahn in Hochdahl zu besichtigen sind. Was in Marl möglich ist kann man in Erkrath nicht: Den Kinderstadtplan will man nicht zusammen mit den Kindern entwickeln, hier mangelt es zusätzlich auch am Engagement der Verwaltung, die vorhandenen Ressourcen zu bündeln: Polizei, ADFC bieten ihre personelle Mitarbeit an und die OGATAS warten doch nur auf solide, realitätsnahe Projekte um ihre Schule mit solchen Projekten nach außen zu öffnen und nachhaltig zu arbeiten.

## Sport

Blickt man auf die Finanzentscheidungen der letzten Jahre und des derzeitigen Haushaltes, so kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, dass es auf die Parteimitgliedschaft von Vorstandsmitgliedern ankommt, in welchem Maße der jeweilige Verein gefördert wird.

## SPNV - Unpünktliche und ausfallende S-Bahnen

Erkrather Bürgerinnen und Bürger, die aktiv, mobil und leistungswillig sind, haben auf Dauer keine Lust, ihre Zeit im Stau auf der A 46 oder wartend auf ausfallende Züge auf dem Bahnsteig zu verbringen. Wenn wir dieses Problem nicht kurzfristig lösen, sind der Wohnstandort Erkrath und der Arbeitsplatzstandort Erkrath mittelfristig gefährdet. Der Vertreter des VRR hat sich im PluV beeindruckend arrogant gebärdet, so sind nicht nur die SPNV-Mittel der Stadt (1,2 Mio. € in den letzten fünf Jahren) sondern auch die Investitionen in die Infrastruktur unserer Bahnhöfe fehlinvestiert. Es fehlt die Fähigkeit der Politik, diesen VRR zu steuern, damit der VRR die Verkehrsbetriebe steuert. Selbst der Landtag ist 2003 an diesem Ziel gescheitert.

Als Notmaßnahme muss die S8 in Wuppertal gekappt werden, mittelfristig müssen die Zuggarnituren erneuert und das Streckennetz verstärkt werden.

Wie man erfolgreich öffentlichen SPNV machen kann zeigt die Regiobahn, eine Streckenführung, deren Betrieb die DB ablehnte.

## Energiesparkonzept, Klimaschutz, Strahlenschutz

Bezeichnend ist die Unfähigkeit, seit Jahrzehnten die Haushaltsmittel für einen Energiesparwettbewerb für Erkrather Schulen auch tatsächlich für den Zweck auszugeben, für den er gedacht ist.

Der Klimawandel zeigt, dass unser Energiesparkonzept auf neue Finanzierungsmodelle untersucht werden muss, um sie früher umzusetzen.

Den Investitionsstau in der energetischen Sanierung der kommunalen Gebäude kann das Fachamt wegen Personalmangels noch nicht mal beziffern.

Unsäglich sind die Vorgänge rund um die Finanzierung des Mobilfunkkonzeptes.

Dass die CDU ausgerechnet die Mittel für Nachpflanzungen, Baumpflege und Baumkataster im Kyrill-Jahr um 20.000 € kürzt wird der Sachlage einfach nicht gerecht. Immerhin geht es hier schlicht auch um die Verkehrssicherungspflicht.

Ein Beitrag zum Klimaschutz wären auch funktionierende Bürgerbuslinien. Die Weigerung der CDU hier 500,00 € Anschubfinanzierung für notwendige Formalia zur Verfügung zu stellen, ist kleinlich.

Zu unserem Bedauern verweigert sich die CDU dem Blick in die Zukunft, indem sie noch nicht mal die weitere Planung der so genannten Planstraße, von welcher man sich deutliche verkehrliche Entlastungen in einem Teil von Erkrath versprechen darf, in Angriff nimmt.

Wir beantragen ausdrücklich, Gespräche mit dem Kreis aufzunehmen, um zu einer Zusammenarbeit der Rechnungsprüfungsämter Erkrath und dem Kreis Mettmann zu kommen. So könnte man auch in Erkrath eine mobile Prüfgruppe einsetzen. Warum diese Maßnahme auf das NKF verschoben werden soll ist unklar. Die vorbereitenden Gespräche und Planungen sind bis zur Einführung des NKF in Erkrath sowieso nicht abgeschlossen.

Eine nachhaltige, zukunftsorientierte Politik lässt sich aufgrund der Konzeptionslosigkeit dieses Haushaltes nicht erkennen. Diese Entscheidung haben wir unter Einbeziehung auch der positiven im Haushalt enthaltenen Entwicklungen getroffen. Wir sehen jedoch eine Verhältnismäßigkeit zwischen beiden Seiten nicht gegeben.

Wir beantragen nachstehende Änderungen:

1. Kostenermittlung der Tragfähigkeit der Flachdächer
2. Die Höhe der Kassenkredite wird auf 10 Mio. € begrenzt.
3. Planungsmittel für die Gebiete:
  - 3.1 Gebiet „Auf den 12 Morgen“
  - 3.2 „Kleines Bruchhaus“
  - 3.3 „Neanderhöhe“ werden gesperrt

	Ansatz alt	Ansatz neu		Mehrausgaben
4. Kinderstadtplan HST 40700.58000	4000	10000 gesperrt		6.000
5. Navis für RTW und First Responder	0	1500		1.500
6. Planungskosten Planstraße		20000		20.000
7. Stadtentwicklungskonzept		60000		60.000
8. HST 58000.51100 Baumpflege	80000	80000	Kürzung CDU 20000	20.000
9. Bürgerbus	0	500		500
				108.000
	Ansatz alt	Ansatz neu		Minderausgaben
10. Internetauftritt 06010.53003	27000	0		27.000
11. Skateranlage 46010.93504	130.000,00 €		VE 2008 130.000,00 €	130.000
12. Pflege Grünanlage HST 58000.51000	400.000,00 €	370.000,00 €		30.000
13. HST 58000.94700 Stege Stadtweiher	5.000 €	0		5.000
14. HST 63000.96403 Eisenstraße	52.000,00 €			52.000

15. HST 63000.96602 Erschließung Stadtbadgelände	10.000 €			10.000
				245.000

16. Gespräche mit dem Kreis über die Zusammenarbeit mit / oder die Beauftragung des Rechnungsprüfungsamtes des Kreis werden sofort aufgenommen.

Die Annahme der Anträge führt zu strategischen Entscheidungen für die Zukunft statt kurzfristigen Maßnahmen.

Konsequenter Umweltschutz- Solide Finanzpolitik:

nie waren diese Ziele gleichzeitig wichtiger und unerreichter als heute.

Bernhard Osterwind

*BmU*-Fraktionsvorsitzender 6.3.07

